

Liberaler Gesundheitsschutz

## Über Tabakrauch

Die parlamentarische Initiative „Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen“ ist ein Kernstück liberaler Werte.

Von **Felix Gutzwiller**, Nationalrat,  
Zürich

Er drückt es treffend aus. Der liberale Vordenker John Stuart Mill schreibt in seiner Schrift «On Liberty» – Über die Freiheit –, einen einzigen Grund nur habe eine zivilisierte Gesellschaft, sich in die Handlungsfreiheit des Einzelnen einzumischen: sich selbst oder ihre Mitglieder vor Schaden durch Dritte zu schützen. Dazu stehen wir Liberalen ohne Wenn und Aber.

So ist denn ein liberaler Grundgedanke der parlamentarischen Initiative «Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen» Pate gestanden: Jeder mündige Mensch ist alleiniger Eigentümer seines Körpers; er darf seine Gesundheit erhalten oder ruinieren – aber keinen anderen schädigen. Er darf tun und lassen, essen, trinken, rauchen, was und so viel er mag – wenn er Dritte nicht in ihrer Freiheit und Unversehrtheit einschränkt.

Viel muss der Staat nach liberalem Verständnis nicht garantieren; doch für den Schutz der Freiheit – dazu gehört auch die Gesundheit, soweit sie von anderen bedroht



**Gesundheitsschutz verlangt nach pragmatischen Lösungen.**

Bild: Keystone

ist – und des Eigentums soll er einstehen. Das unterscheidet die liberale Gesellschaft von Anarchismus und Faustrecht.

Mittlerweile wird es von vernünftigen Zeitgenossen nicht mehr geleugnet: Passivrauchen, das unfreiwillige Mitrauchen, verursacht gravierende gesundheitliche und wirtschaftliche Schädigungen Dritter, vor denen sich der Einzelne nicht eigenverantwortlich schützen kann. Konservative Studien, auf die

sich auch der kürzliche Bericht des Bundesrates<sup>1</sup> abstützt, rechnen in der Schweiz jährlich mit mehreren hundert vorzeitigen Todesfällen und Tausenden Erkrankungen wegen des Passivrauchens. Wirtschaft und Gemeinwesen haben Schäden in der Höhe einer halben Milliarde zu tragen.

Der Handlungsbedarf ist also gegeben, die Bevölkerung und die Wirtschaft vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen. Eine liberale Gesellschaft darf nicht zulassen, dass Dritte gesundheitlich und materiell geschädigt und damit in ihrer persönlichen Integrität eingeschränkt werden. Dieses Erkenntnis hat sich auch in der Bevölkerung durchgesetzt: Grosse Mehrheiten verlangen nach einer griffigen Lösung des Problems und nach einem wirksamen Schutz vor dem Passivrauchen<sup>2</sup> – ein klarer Auftrag für Parlament und Regierung.

Das Problem kann mit einer einfachen Änderung des Arbeitsgesetzes weitgehend gelöst werden – mit der Bestimmung «Arbeitsplätze sind rauchfrei». Fumoirs sind weiterhin möglich. Diese Bestimmung

schützt Personen an den meisten Orten, an denen man sich üblicherweise aufhält, denn die meisten geschlossenen und öffentlich zugänglichen Räume sind auch Arbeitsplätze. Neue Gesetze oder gar Sondererlasse sind nicht notwendig.

Eine Subkommission der nationalen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat diese pragmatische Lösung in konstruktiver Arbeit entworfen. Rechtsgutachten kommen übereinstimmend zum Schluss, dass die vorgeschlagene Massnahme zum Schutz der Wirtschaft und der Bevölkerung vor dem Passivrauchen verfassungsmässig und verhältnismässig ist: Sie liegt im öffentlichen Interesse, sie steht in einem vernünftigen Verhältnis zur Wirkung, und sie beschränkt weder die Handels- und Gewerbefreiheit noch die persönliche Freiheit unzulässig. Die Massnahme ist einfach, kostet nichts, hat erwiesenermassen keine negativen Folgen für die Wirtschaft im Allgemeinen und die Gastronomie im Besonderen und bringt Letzterer sogar positive Impulse.

Wir wollen uns nicht eines Tages vorwerfen lassen, wir hätten nicht getan, was auf der Hand gelegen hat: Es ist unsere liberale Pflicht, zu handeln und die Bevölkerung und Wirtschaft vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen.

<sup>1</sup> Bericht des Bundesrates zum Schutz vor Passivrauchen vom 10. März 2006

<sup>2</sup> Repräsentative Erhebung von Konso, Institut für Konsumenten- und Sozialanalysen AG, Basel, im Auftrag der schweizerischen Stiftung pro aere, vom 30. August 2006 bei 1066 Personen in der Deutschschweiz und der Suisse Romande.

Wort des Monats

### Gesundheitsqualität

Die Schweiz verfügt über ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem. Dieses System soll mit einer effizienten Nutzung unseres hohen Gesundheitsstandards erhalten werden. Die Prävention muss gefördert werden: Die Gesundheit der Menschen muss im Gesundheitswesen im Zentrum stehen, nicht die Krankheit. Die Eigenverantwortung aller Beteiligten ist zu fördern. Alle, Patienten, Ärzte,

Spitäler, Versicherer usw., sind für das Gesundheitssystem mitverantwortlich. Nur so wird es gelingen, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Die Möglichkeiten, hier entsprechende Anreize zu schaffen, sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Gesundheitsqualität bedeutet also qualitativ hoch stehende, auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtete und bezahlbare Leistungen.